

Universitäres Forschen über die Demokratie

Beteiligung des Kantons Aargau am Zentrum in der Hauptstadt

Nach der Stadt Aarau will sich auch der Kanton Aargau am Zentrum für Demokratie in Aarau beteiligen, das seit Anfang Jahr in Betrieb ist. Unter der wissenschaftlichen Verantwortung der Universität Zürich erforscht es die Herausforderungen der Demokratie.

kfr. Aarau, 20. Juli

Anfang Jahr hat in der Villa Blumenhalde in Aarau das Zentrum für Demokratie (ZDA) mit den Arbeiten begonnen. Es war aufgrund einer Initiative der Aarauer Behörden auf der Basis der Forschung zum Schwerpunkt «Herausforderungen der Demokratie» zusammen mit der Universität Zürich geplant worden und steht unter ihrer wissenschaftlichen Verantwortung. Am 17. Juni 2007 hatte Aarau in einer kommunalen Abstimmung einen jährlich wiederkehrenden Betriebsbeitrag von 785 000 Franken gutgeheissen. Durch diesen Schritt wurde die Kantonshauptstadt trotz erfolglosen früheren Anläufen und der Konzentration der Fachhochschule in Brugg-Windisch doch noch zum Hochschulstandort.

Vertrag von vier Partnern bis 2022

Inzwischen liegt der Entwurf eines Vertrages für die Gründung und den Betrieb des ZDA als gemeinsame Hochschuleinrichtung vor. Der Trägerschaft gehören neben der Stadt Aarau und der Universität Zürich auch der Kanton Aargau und die Fachhochschule Nordwestschweiz (bezüglich des Schwerpunktes «Fachdidaktik politische Bildung und Geschichtsdidaktik») an. Der Gesellschaftsvertrag gilt bis Ende 2022. Laut Präambel soll das Zentrum auf universärer Ebene gesamtschweizerisch und international zum Nachdenken über die Grundwerte und Entwicklungsperspektiven der Demokratie anregen.

Die Beteiligung des Kantons – beantragt wird ein indexierter Beitrag von 800 000 Franken pro Jahr – hat einen konkreten Hintergrund. Der Wechsel des international bekannten und renommierten «Forschungs- und Dokumentationszentrums direkte Demokratie» von der Universität

Genf an die Universität Zürich biete die Chance, das ZDA in Aarau um dieses Institut zu erweitern. Mit einer Startfinanzierung von 1,18 Millionen Franken, einer bis Ende 2008 befristeten Sofortmassnahme, hatte der Regierungsrat das Institut im letzten Jahr direkt nach Aarau geholt. Nun will er durch einen Beschluss des Grossen Rates die langfristige Finanzierung sicherstellen – andernfalls ziehe das Institut nach Zürich.

Exemplarisch für die Standortförderung

Was der Aargau von der neuen, über die Grenzen des Kantons ausstrahlenden Einrichtung erwartet darf, legten an einer Medienkonferenz am Sitz des ZDA – hier wohnte einst Heinrich Zschokke, ein Demokrat der ersten Stunde – Bildungsdirektor Rainer Huber und der designierte Direktor, Professor André Auer, dar. Huber sprach von 35 bis 40 hochqualifizierten Arbeitsplätzen; das passe exemplarisch in die Strategie der Standortpromotion durch das Gesetz über die Hochschul- und Innovationsförderung. Auer ergänzte, man arbeite nicht in einem Elfenbeinturm, sondern führe Forschung, Dokumentation und Bildung zur Demokratie gewissermaßen unter den Augen der Öffentlichkeit zusammen. Geplant sind etwa die ersten «Aargauer Demokratie-Tage» anlässlich der offiziellen Eröffnung im April 2009.

Die Zuversicht der Behörden von Stadt und Kanton sowie der weiteren beteiligten Institutionen, die sich zu Beiträgen von zusammen 2,335 Millionen Franken verpflichten wollen, wird nicht überall geteilt. Zwar stiess die Erweiterung und Finanzierung des ZDA durch den Kanton in der Vernehmlassung auf breite Zustimmung, aber es gab auch drei negative Stellungnahmen. Für die Frauenzentrale ist der Sinn und Zweck des Zentrums unklar; wichtiger sind die Vorbehalte aus wirtschaftlicher Sicht, die von der SVP und von der Aargauischen Industrie- und Handelskammer vorgebracht wurden. Das Zentrum für Demokratie muss somit noch einige demokratische Hürden überwinden (allenfalls die Abstimmung nach einem Referendum überstehen), bis es das bis 2007 an der Universität Genf beheimatet gewesene Institut endgültig integrieren kann.